

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	13
Zusammenfassung	15
A. Hintergrund, Gutachtenauftrag, Prüfprogramm	17
B. Verstoß gegen die Kompetenzordnung der Union?	23
C. Verstoß gegen den Vorrang der Verstärkten Zusammenarbeit?	54
D. Verstoß gegen den Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit?	61
E. Verstoß gegen das Demokratieprinzip?	64
F. Unzulässigkeit kollektiver Koordinierung?	80
G. Vertragswidriger Übergriff durch Art. 9 IGA?	85
H. SRM/IGA-Konstruktion als An-/Aus-Schalter?	87
J. Abschließende Überlegungen zum Kontext der unionsrechtlichen Bindungen	88
Gesamtergebnis	101
Literaturverzeichnis	103

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	13
Zusammenfassung	15
A. Hintergrund, Gutachtenauftrag, Prüfprogramm	17
I. Hintergrund	17
II. Gutachtenauftrag	21
III. Prüfprogramm	21
B. Verstoß gegen die Kompetenzordnung der Union?	23
I. Natur und Bedeutung der Kompetenzfrage	23
II. Rechtsdogmatische Voraussetzungen und Grenzen des Anwendungsbereichs von Art. 114 AEUV	25
1. Eindruck der Unbegrenztheit	26
2. Grenzen: Rechtsdogmatische Betrachtung	29
3. Rechtsdogmatische Grenzen und Beitragsübertragung	31
a) Binnenmarktbezug	31
b) Kein Wegfall des Binnenmarktbezugs	34
c) Objektive und tatsächliche Zweckverfolgung, wahrscheinliche und spürbare Hindernisse	35
d) Zusammenhang mit Harmonisierungsbereichen	35
4. Zwischenergebnis	35
III. Rechtsdogmatische Relektüre der EuGH-Rechtsprechungslinie	35
1. EuGH im Lichte der Generalanwälte	36
2. EuGH im Lichte seiner Diktion	37
3. EuGH im Lichte der Verordnung	38
4. Zwischenergebnis	39
IV. Kontextüberlegungen zum Anwendungsbereich von Art. 114 AEUV	39
1. Kompetenzen der Mitgliedstaaten und Einzelermächtigung	40
2. Kontrollmacht des EuGH	41

3. Gegner	42
4. Nähe zu Haushaltshoheit	43
5. Mittelbeschaffung der Union im Mehrheitsweg	44
V. Zwischenergebnis	46
VI. Abrundungskompetenz Art. 352 AEUV und das Sperrwirkungs-Problem	46
1. Unschärfe des Begriffs der „Ausübung“, Art. 2 Abs. 2 Satz 2 AEUV	47
2. Ausfall von Art. 114 AEUV beseitigt nicht mögliche Sperrwirkung	48
3. Bewertung	50
4. Ergebnis	53
VII. Ergebnis	53
C. Verstoß gegen den Vorrang der Verstärkten Zusammenarbeit?	54
I. Widerspruch der Kritik zur geltenden EuGH-Rechtsprechung	54
II. Einwand der durch Zeitablauf mangelnden Überzeugungskraft?	55
III. Verstärkte Zusammenarbeit fernliegend	56
IV. Kein „Recht des ersten Zugriffs“	58
V. Ergebnis	60
D. Verstoß gegen den Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit?	61
I. Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit	61
II. Keine Stillhalteverpflichtung	62
III. Ergebnis	63
E. Verstoß gegen das Demokratieprinzip?	64
I. Demokratischer Querstand?	64
II. Ebenenverwechslung 1: Demokratie und ordentliches Gesetzgebungsverfahren	65
III. Ebenenverwechslung 2: Demokratie und Kompetenzen	66
IV. Demokratisches Unionsrecht versus undemokratisches Völkerrecht?	67
1. Ratifikation und Demokratie	68
2. Parlamentarische Demokratie 1: Öffentlichkeitsfunktion	70

3. Parlamentarische Demokratie 2: Machtfunktion	73
4. Kein demokratischer Vorrang der „Gemeinschaftsmethode“	75
V. Ergebnis	79
F. Unzulässigkeit kollektiver Koordinierung?	80
I. Völkerrecht als Ausdruck mitgliedstaatlicher Souveränität	80
II. Reversibilität	81
III. Grundsatz loyaler Zusammenarbeit	82
IV. Vertragsförderung durch Verzahnung	83
V. Autorisierung durch Union selbst	83
VI. Ergebnis	84
G. Vertragswidriger Übergriff durch Art. 9 IGA?	85
H. SRM/IGA-Konstruktion als An-/Aus-Schalter?	87
J. Abschließende Überlegungen zum Kontext der unionsrechtlichen Bindungen	88
I. Kontexte plurilateraler Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten	88
II. Zustimmung aller Mitgliedstaaten	90
III. Zustimmung aller Unionsinstitutionen	92
IV. Das Gewicht der Kompetenzfrage	95
V. Das Gewicht der Haushaltsfrage/Budgethoheit	97
VI. Die institutionelle Begehrlichkeit des Parlaments	98
VII. Schnelligkeit der Mutualisierung	100
VIII. Ergebnis	100
Gesamtergebnis	101
Literaturverzeichnis	103